

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Mittwoch, 10. Juni
**Massenkundgebung
im Ausstellungspalast**
Mit SPD u. Prinz Auwi
oder mit Thälmann für
Arbeit, Brot u. Freiheit!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Weilagen: Der rote Stern / Rund
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung

7. Jahrgang Dresden, Montag den 8. Juni 1931 Nummer 107

Sturm gegen das Hungerdiktat!

Die Notverordnung muß fallen!

Die Notverordnung ist verkündet. Sie bringt Ungeheuerliches den arbeitenden Massen. Die Erwerbslosen werden wiederum eines Teiles ihrer Unterstützung beraubt. Die Saisonarbeiter gehen der Hauptunterstützung verlustig, die Wartezeit wird allgemein verlängert. Die Jugendlichen werden überhaupt von jeder Unterstützung ausgeschlossen. Die Gehälter der Beamten und Angestellten werden abgebaut. Eine neue Massensteuer, wird eingeführt. Die Vermögen der Armen, die Invaliden und Kriegsoptioner, werden erneut eines Teiles ihrer Rente beraubt. Neue Steuern und Zölle und die 48-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich sind diktiert. Millionen von Arbeiter werden um die Rückzahlung der Lohnsteuer gebracht. Das Nachtarbeitverbot wird eingeschränkt und zugleich das Brot verhässelt!

Die Brüning-Regierung hat dieses ungeheuerliche Diktat mit einer Erklärung verbunden, die zeigt, daß die Diktatur-Regierung den Boden unter ihren Füßen wanken fühlt. Ein „Aufruf an das deutsche Volk“ ist erlassen, der mit einigen Redensarten den Sturm der Volksempörung beschwichtigen soll, den das neue Hungerdiktat herbeiführt. Dieser Aufruf enthält jedoch auch ein klares Eingeständnis des kapitalistischen Bankrotts und des Zusammenbruchs der kapitalistischen Youngplanpolitik. Weltlich heißt es in dem Brüning-Aufruf:

„Die Erwartung, daß die Weltwirtschaftskrise mit dem Frühjahre abebben und damit Not und Arbeitslosigkeit... zurückgehen werden, hat sich als trügerisch erwiesen... Die Erleichterung, die der neue Plan (Youngplan) nach Ansicht aller Beteiligten dem deutschen Volke bringen soll, ... hat er nicht gebracht.“

Ingeheißes Wüten wagt es die Regierung, ihre Notverordnung hinzustellen als die „unvermeidliche Belastung aller Kreise des Volkes“. Dieser ungeheuerliche Versuch der Verhöhnung der Tatsache, daß diese Notverordnung nichts anderes als Diktaturdiktat gegen das Leben und die Gesundheit des werktätigen Volkes ist, während die Ausbeuter, die Millionäre, die Vorposten des Volkes mit geradezu lächerlichen „Belastungen“ be-

Scharfmachtministerium der kapitalistischen Diktatur, die mit brutaler Gewalt ihr bankrottes Regime auf Kosten der arbeitenden Massen aufrechterhalten will. Die Regierungserklärung stellt selbst fest, daß die Grenze dessen erreicht ist, was man dem Volk zumuten kann. Wir Kommunisten sagen: Die Grenze ist längst überschritten! Jetzt steht die Bevölkerung, jetzt stehen die Schaffenden in Stadt und Land, wie treffend die Voraussetzungen der kommunistischen Partei waren, als sie bei allen Manövern und Maßnahmen der Bourgeoisie den Arbeitenden erklärte: Was einigen wenigen Trödeln, was einer Handvoll Schmarotzer Vorteile bringt und deshalb geziehen wird als „Vorteil für das deutsche Volk“, das bringt nur neues Elend über die Massen. Jeder Tag, den das blutgierige kapitalistische System länger zu wirtschaften vermag, ist ein Todestag für Hunderttausende arbeitender, schaffender Menschen!

Das kapitalistische System kann den Massen weder Arbeit noch Brot geben. Dieses System barbarischer Klassenherrschaft, dieses

Demonstrationen gegen die Notverordnung

Zusammenläufe in Hamburg und Düsseldorf

Düsseldorf, 8. Juni. (Eig. Deutelmeldung.)

Am Sonnabend fand in Düsseldorf eine große Demonstration der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter gegen die Notverordnung statt. An den verschiedensten Stellen Düsseldorfs bildeten sich spontane Demonstrationzüge, die unter lauten Protestrufen durch die Straßen marschierten. Die Polizei griff die Demonstranten brutal an und schlug mit Gummiknüppeln wehrlose Arbeiter nieder. Bei diesen Überfällen wurden eine Anzahl Schüsse auf die Arbeiter abgegeben. Erst in den späten Abendstunden trat Ruhe ein.

Hamburg, 8. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Auch in Hamburg kam es am Sonnabend zu Demonstrationen gegen die Notverordnung. Die Polizei ging brutal gegen die demonstrierenden Arbeiter vor.

Essen, 7. Juni.

In Essen-West und in Segeroth, ausgeprossenen Arbeitervierteln, wurden von der Polizei Razzien auf Arbeiter durchgeführt und etwa 250 Arbeiter verhaftet. In Gelsenkirchen kam es zu Zusammenstößen. Die Arbeiter riefen das Straßenpflaster auf.

Nazibanditen stürmen „Bürgergarten“

Heraus zum Massenprotest: Dienstag 19 Uhr „Bürgergarten“, Mittwoch 20 Uhr Ausstellungspalast

Ein gemeiner Mordfall wurde von aus Chemnitz heimkehrenden Nazis gestern Abend in Dresden verübt. Gegen 23 Uhr führten plötzlich mehrere vollbeladene Lastautos mit Nazibanditen vor dem bekannten Postener Arbeiterklub Bürgergarten vor, riegelten ab und stürmten dann nach offenbar wohlüberlegtem Plan den Garten und den großen Saal.

Mit Messern, Siedwasser und Kesseln gingen die Banditen gegen die Anwesenden vor. Mädchen wurden an dem Haaren gepackt und die Treppe heruntergeschleift und von den Banditen in schamloser Weise mißhandelt. Gleichzeitig fielen die Nazibanditen über einzelne Arbeiter auf der Straße her. Eine ganze Anzahl Arbeiter wurden verletzt, davon einer durch Messerstiche so schwer, daß er in Krankenhaus übergeführt werden mußte. Die wenigen Arbeiter, die gegenüber den 100 Nazis laut verloren blieben, setzten sich tapfer zur Wehr, und so werden einige der Nazis ihres seligen Mordveralles nicht froh sein.

Während der ganzen Zeit des Überfalls und des Kampfes war von der Polizei nichts zu sehen. Erst nachdem fast alles Mobiliar im Bürgergarten zertrümmert war, erschien die Polizei und — drang mit den Nazis nochmals in den Saal. Die anwesenden Arbeiter wurden verhaftet und auf ein Lastauto geladen. Auf Grund der einseitigen Auslagen völlig unteilhaftig war die Polizei dann jedoch gezwungen, die Nazis mißamt ihren Autos ebenfalls mitzunehmen. Das Mischbrot ist jedoch, daß viele Arbeiter in Haft behalten wurden, aber sämtliche Nazis, die einen offenen Mordverfall auf ein Verbrechen freigelassen worden sind.

Überfall wird in den Arbeiterkreisen und in den Betrieben Dresdens der tödliche Naziberfall diskutiert und unter allen Westfäligen herrscht ungeheure Empörung.

Error gegen KPD-Stadtverordnete!

Wegen eines Antrages im Stadtparlament verurteilt!
Freiberg, 6. Juni.
Vor dem Schöffengericht stand die ganze kommunistische Stadtverordnetenfraktion von Cedran, die Genossen Böhm, Reich, Meißel und Störkel, unter der Anklage des „Bergens nach § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten“. Die Genossen hatten in der Stadtparlamentssitzung den Antrag eingebracht, die von der Hauptmannschaft Böhm zwangsweise eingeführte Bürgersteuer abzuschaffen und die Einwohnerzahl zum Streit gegen die

Erhebung der Bürgersteuer auszurufen. Der Antrag wurde mit bürgerlich-sozialdemokratischer Mehrheit abgelehnt. Wegen der Stellung dieses Antrages im Gemeindeparslament wurden nun die kommunistischen Stadtverordneten angeklagt! Sie wurden wegen

„gemeinschaltlicher, öffentlicher Aufforderung zum Steuerstreik“ zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Dieser unerhörte Prozeß ist von größter Tragweite. Die Stadtverordneten dürfen danach nicht einmal Anträge stellen, die sie als im Interesse der Bevölkerung liegend halten. Das kennzeichnet die Durchführung der faschistischen Diktatur im Reich wie im Saßhen der Schieds-Regierung.

Straßenkampf mit Nazis in Chemnitz

Nazis überfallen RD-Büro — Zwei Angreifer getötet, mehrere verletzt

Chemnitz, 8. Juni. (Eig. Bericht.)

Am Sonnabend und Sonntag fand in Chemnitz der Sachien-Gaukrieg der Nazis statt, der in Wirklichkeit ein verkapptes Reichstreffen war. Lastautos aus allen Teilen des Reiches, Bayern, Thüringen, Mitteldeutschland, Berlin, Schießen trafen ein. Es kam zu mehreren schweren Zusammenstößen, in deren Verlauf 2 Nazis erschossen und mehrere verletzt wurden.

Der faschistische Rummel wurde in Anwesenheit Hitlers mit Feuerwerk eingeleitet, dem sich ein Aufzug anschloß. Der Zug sollte zuerst durch das proletarische Viertel geführt werden. Aus Furcht vor den Arbeitern, deren antifaschistische Parolen an Mauern und Gartenzäunen in Chemnitz zu lesen waren, wurde der Aufzug im letzten Moment umgeleitet und an der unbeliebten Peripherie der Stadt zu den Aufstufungsplätzen geführt.

Die Polizei hatte Kräfte aus allen Teilen Sachsens zusammengezogen. Außerdem erschienen noch 10 Schnellfahrwagen aus Berlin.

Die Nazis benahmten sich sehr provokatorisch. Im Laufe der Sonntagsparade vor Hitler, an der rund 13.000 Faschisten teilnahmen, terrorisierten die Faschisten am Bürgersteig stehende Arbeiter. Einzelne Arbeiter wurden wiederholt überfallen und nach Schluß der Parade im Westteil Arbeiterfrauen und Kinder blutig geschlagen. Infolge dessen kam es wiederholt zu proletarischen Gegenlandzügen.

In der Nacht zum Samstag und Sonntag verübten SA-Truppen das RD-Büro und die kommunistische Führerküche am Brühl zu überfallen. Nach 12 Uhr machten sie von einem erfolgreichen Angriff und kehrten, nachdem sie zurückgeschlagen wurden,

mit Verstärkung zurück, sprengten das Tor und wollten in das Haus eindringen. Zwischen den Nordtruppen Hitlers und herbeigekommenen Arbeitern kam es zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf zwei Nazis erschossen und fünf weitere zum Teil schwer verletzt wurden. Die Nazis schossen blindwütig. Die Polizei erschien erst eine gute halbe Stunde später, um nach einer Durchsuchung der Bürgerkuche 11 Arbeiter wehrlos zu verhaften, und schloß auf Arbeiter, wobei drei leicht verletzt wurden.

Die faschistischen Demonstranten wurden in den Arbeiterbezirken mit eisiger Kälte empfangen und trotz riesiger Polizeibedienung wiederholt mit Schmäh- und Niederreden überschüttet. Selbst in den Vierteln des Kleinbürgertums und dem Zentrum der Stadt wurde das faschistische Nordgeschindel niedergeschrien.

In seinen Reden ließ Hitler Drohungen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft aus und erklärte im Hinblick auf die Notverordnung, auch die KPD sei überzeugt, daß es ohne Opfer nicht geht! Er sprach also für die Hunger-Notverordnung! Charakteristisch für diese „Arbeiter“partei ist, daß am Sonntag 2905 teure Privatautomobile gezählt wurden; sie muß also Arbeiterpartei heißen.